

Foto: Schulze-Jansen



„Wir haben uns das nicht ausgesucht,
aber wir leben damit.“

BUNDESTAGSANFRAGE ZUM THEMA BEHINDERUNG

Rote Karte für die AfD

Mit Entsetzen und Bestürzung hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Caritas-Werkstattträte auf eine Bundestagsanfrage der AfD zum Thema „Schwerbehinderte in Deutschland“ reagiert. Die Partei hatte darin Auskunft über Zahlen von behinderten Menschen und über Ursachen von Behinderungen verlangt. Dabei stellte sie einen Zusammenhang mit Inzucht her, die sie besonders bei Migranten vermutete.

Wir sind Betroffene“, heißt es in einem Brief der Caritas-Werkstattträte an die AfD-Fraktion im Bundestag. Betroffen in dreifachem Sinne:

„Wir sind alle Menschen, die von einer Einschränkung betroffen sind und wir sind, von Ihrer Anfrage betroffen, weil wir

gezählt‘ werden. Und zum Dritten macht uns Ihre Anfrage menschlich betroffen. Wir wollen nicht in Übersichten und Listen erfasst und gezählt werden, und wir wollen nicht, dass andere Menschen darüber entscheiden, ob unser Leben gut und lebenswert ist oder nicht. Das können wir selbst.

Die Gründe für unsere Handicaps sind vielfältig und machen sicher auch einen Teil unserer Persönlichkeiten aus. Aber eben auch nur einen Teil. Den weit größeren Teil machen unsere Fähigkeiten, Werte und Gefühle aus. Wir sind fröhlich, freundlich, offen anderen Menschen gegenüber, sportlich, kreativ, humorvoll; manchmal auch wütend oder traurig. Wir verlieben uns und heiraten oder leben in Beziehungen, führen ein eigenes Leben und haben Freunde und Familie, die uns wichtig sind und um die wir uns kümmern. Darin unterscheiden wir uns ganz sicher nicht von Ihnen. Und es gibt zum Glück viele Menschen in unserem Leben, die uns nicht auf unsere

Handicaps reduzieren. Sie sehen nicht unsere Einschränkungen, obwohl diese manchmal offensichtlich sind und sie selbst vielleicht keine haben. Sie sehen unsere Persönlichkeiten. Mit Stärken und Schwächen, wie jeder Mensch sie hat.“

Stellungnahme der LAG der Caritas-Werkstattträte

„Als Landesarbeitsgemeinschaft der Caritas-Werkstattträte von NRW sind wir entsetzt über diese Sichtweise“, heißt es in einer Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Caritas-Werkstattträte, die auf einer Versammlung einstimmig beschlossen wurde. „Auch wenn die AfD von Inklusion nichts wissen will, sollte sie doch zur Kenntnis nehmen, dass hinter jedem Menschen mit Behinderung ein Mensch mit eigenen Vorstellungen und Ansichten steht, ein Mensch mit seiner eigenen Art, das Leben zu genießen, vielleicht, sicherlich in bestimmten Situationen auch hier und da behinderungsbedingt, mit der einen oder anderen Sache zu hadern, aber zumeist Freude am Leben zu haben.“

Behinderung bedeutet auch Vielfalt, nicht nur beim Sport. Behinderung bedeutet sicherlich auch den Kampf gegen mancherlei Barrieren, die es so weit als möglich nach und nach abzubauen gilt. Wir sind Menschen, die je nach Interesse sportlich aktiv sind, kulturelle oder informative Angebote mögen, Spaß am Feiern haben oder die Geselligkeit lieben, aber auch für unsere Rechte eintreten. Die Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderung ist so unterschiedlich wie die Gesellschaft an sich. Dieses als Problem zu sehen oder gar als ‚gesellschaftliches Übel‘, stößt auf unsere entschiedene Ablehnung.“

„Wenn (die AfD-Bundestagsabgeordnete; die Red.) Nicole Höchst als eine der Autorinnen der Anfrage erklärt, es gehe ihnen um Steuerung und Handlungswissen, so spricht dies Bände. Da fragt man sich, was gesteuert werden soll und inwiefern gehandelt werden soll.“

www.caritas-nrw.de/werkstaetten

AUSGABE JULI 2018

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

caritas-nrw.de/nachrichten
[facebook.de/caritas_in_NRW](https://www.facebook.com/caritas_in_NRW)
redaktion@caritas-nrw.de



Flüchtlingskinder auf Ferienfreizeiten mitnehmen

Viele Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen leiden unter ihren oft traumatisierenden Erlebnissen. Gemeinschaftliche Ferienfahrten mit deutschen Kindern können ihnen da helfen und vor allem auch die Integration fördern. Doch dem stehen ausländerrechtliche Hürden entgegen, wenn die Ziele in anderen Bundesländern oder im Ausland liegen. Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge ruft die Ausländerbehörden dazu auf, hier ihre Möglichkeiten der Ermessensentscheidungen zu nutzen

Haben die Kinder nur eine Duldung, ist eine Reise ins Ausland erst einmal unmöglich, da die Wiedereinreise mit diesem Aufenthaltsstatus nicht erlaubt wäre. Zudem schränkt die häufig verhängte Residenzpflicht die Bewegungsfreiheit nur auf eine Kommune oder einen Landkreis ein.

In beiden Situationen können aber Ausnahmeregelungen angewandt werden. Beispielsweise kann eine Duldung von der Ausländerbehörde aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen durch eine kurzfristige Aufenthaltserlaubnis für den Zeitraum der Reise aufgehoben werden. ◀

AUSGEZEICHNET

Bildungswerk setzt auf eLearning

Das Caritas Bildungswerk Ahaus ist für seine Online-Lernplattform für angehende Altenpflegerinnen und Altenpfleger ausgezeichnet worden. Verliehen wurde der „eLearning Award 2018“ durch eine Jury des eLearning Journals bereits im Februar auf der Bildungsmesse didacta in Hannover.

Auch beim Ideenwettbewerb zur Digitalisierung, den der Diözesan-Caritasverband Münster initiiert hatte, gewann die Lernplattform. Den ersten Preis in Höhe von 15.000 Euro überreichte Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Das Caritas Bildungswerk Ahaus betreibt allein acht Bildungszentren und staatlich anerkannte Fachseminare für Altenpflege. ▶

www.caritas-bildungswerk.de

Zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege eingerichtet

Gute Nachrichten für alle, die einen Ausbildungsplatz suchen: Die katholischen Schulen für Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflege in Nordrhein-Westfalen werden kurzfristig ihre Ausbildungskapazitäten erhöhen, nachdem das Land NRW die Rahmenbedingungen geändert hat.

Sogar 13 zusätzliche Kurse mit 398 Ausbildungsplätzen können an 13 Pflegeschulen bereits bis zum Herbst 2018 geschaffen werden. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte sich zusammen mit der Krankenhausgesellschaft NRW und den Krankenkassen dafür eingesetzt, weitere Ausbildungsplätze zu finanzieren und die bisher langwierigen Planungsverfahren zu verkürzen. Die Caritas-Träger der Pflegeschulen und Gesundheitseinrichtungen begrüßten den Schritt, weil er sie endlich in die Lage versetzt, allen geeigneten Bewerbern eine Ausbildung zu ermöglichen.

Zahl bislang gedeckelt

Obwohl der Bedarf an Pflegefachkräften schon lange groß ist und genügend Bewerbungen vorlagen, konnten in den vergangenen 20 Jahren keine zusätzlichen Ausbildungsplätze an den Krankenpflegeschulen in caritativer Trägerschaft geschaffen werden. Das lag an der Deckelung der refinanzierten Ausbildungsplätze und den langwierigen Planungsverfahren, nicht an der fehlenden Bereitschaft der Träger. Jetzt müsse bei der Aufstockung darauf geachtet werden, dass die erreichte Qualität durch ausreichende Lehrerzahlen und geeignete Räumlichkeiten garantiert bleibe, verspricht die Caritas.

Altenpflegeausbildung immer noch unzureichend gefördert

Schwierig bleibt dagegen die Situation in der Altenpflegeausbildung. Hier decke die Landesförderung bei Weitem nicht die Kosten, so dass trotz großen Mangels an Pflegekräften weiterhin sogar die Schließung von Schulen drohe, erklärte die Caritas. Pro Platz fördert das Land die Ausbildung derzeit mit 280 Euro/Monat. Die realen Kosten liegen dagegen bei mindestens 490 Euro/Monat. Hier noch mehr Ausbildungsplätze aufzubauen, könnten die Träger kaum



Von den insgesamt 40000 Ausbildungsplätzen in der Pflege in NRW bieten katholische Träger allein rund 13900 Plätze an.

Foto: Caritas

stemmen - auch wenn die stationären Einrichtungen und Pflegedienste sie dringend bräuchten. Die Politik sei in der Verantwortung, auch hier die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. ▶

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von

Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner
klimaneutral
gedruckt

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.
Zertifikatsnummer: 53323-1601-1005
www.climatepartner.com

Eine Million Sterne

Am Samstag, dem 17.11.2018, findet die bundesweite Solidaritätsaktion „Eine Million Sterne“ statt. Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, ruft an diesem Tag dazu auf, öffentliche Plätze in strahlende Lichtermeere zu verwandeln und gemeinsam ein Zeichen für eine gerechtere Welt zu setzen. Die Solidaritätsaktion wird an bis zu 100 unterschiedlichen Standorten von Caritasverbänden, Einrichtungen, Diensten und Pfarrgemeinden durchgeführt. Im Fokus der Aktion 2018 steht die Ukraine. Seit 2014, dem Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine, haben dort mehr als 2,5 Millionen Menschen ihr Zuhause verloren. Rund 1,6 Millionen von ihnen leben seither als Binnenflüchtlinge im eigenen Land. ◀

➔ www.einemillionsterne.de

Neues Präsidium bei den Vinzenz-Konferenzen

Domkapitular Dr. Thomas Witt, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn, ist zum neuen Geistlichen Beirat der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands gewählt worden. Bei der Haupttratstagung in München wurde zudem Matthias Krieg (Paderborn), Geschäftsführer der Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn, zum Vizepräsidenten gewählt.

Die Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands (VKD) ist ein Fachverband im Deutschen Caritasverband und umfasst 160 Konferenzen und Helfergruppen. Als Generalsekretär neu gewählt wurde Burkhard Hölzer aus Solingen, der Anfang Dezember 2018 Reiner Klaes ablöst, der in den Ruhestand geht. ◀

➔ www.vinzenz-konferenzen.de

Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung gefordert

Der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders hat die Politik aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung unabhängig vom Einkommen der Betroffenen gesetzlich zu verankern. Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland sei seit 2014 zum vierten Mal in Folge angestiegen. Es seien mehr als 6,9 Millionen Menschen überschuldet oder hätten nachhaltige Zahlungsprobleme. Schröders sprach von einem alarmierenden Trend. Die Probleme beträfen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen. Neben finanziellen Schwierigkeiten seien oft soziale Probleme für überschuldete Menschen die Folge. Schuldnerberatung trage dazu bei, dass überschuldete Menschen wieder das Heft des Handelns in die Hand bekämen. ◀

FLÜCHTLINGSHILFE VERMITTELT JOBPATENSCHAFTEN

Junge Geflüchtete suchen einen Ausbildungsplatz

Vielen jungen Geflüchteten ist der Zugang zu Arbeit und Qualifizierung noch verschlossen. Ende Mai suchten NRW-weit 4 266 von ihnen einen Ausbildungsplatz.

Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel appelliert an Behörden und Arbeitgeber, noch mehr für die Qualifizierung von Geflüchteten zu tun: „Ausbildung führt in Arbeit, und Arbeit ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in Deutschland“, so Hensel, der auch Leiter der Flüchtlingshilfe im Erzbistum Köln, Aktion Neue Nachbarn (ANN), ist.

Die Berufsausbildung Geflüchteter scheitert noch zu oft an unzureichenden Sprachkenntnissen, fehlenden Schulabschlüssen und mangelndem Wissen über die Wege zur beruflichen Qualifizierung. Hensel fordert deshalb eine konsequente Integrationsbegleitung. „Geflüchtete brauchen verlässliche persönliche Ansprechpartner, damit sie Mut fassen und Behördengänge und Bewerbungsverfahren bewältigen.“

Ehrenamtliche Jobpatinnen und -paten

helfen Geflüchteten bei der beruflichen Orientierung, unterstützen am neuen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, in der Berufsschule oder bei Ämtern.

„Die Menschen wollen ankommen und sich selbst etwas aufbauen. Dazu brauchen sie einige Zeit und Unterstützung“, so Hensel weiter, und er erinnert daran, wie wichtig es für die gesellschaftliche Wahrnehmung ist, Geflüchtete in Arbeit zu bringen: „Wer einen Geflüchteten als Arbeitskollegen kennenlernt, kann Vorurteile abbauen.“

Das Projekt „Neue Nachbarn – auch am Arbeitsplatz“ wird von der Aktion Mensch gefördert. Es startete im Mai 2016, um bis April 2019 mindestens 300 ehrenamtliche Jobpatenschaften für Geflüchtete auf den Weg zu bringen. Schon jetzt ist diese Zahl mit 325 Patenschaften überschritten. ◀

➔ www.aktion-neue-nachbarn.de

Gespräch über Sozialthemen

Wie können die Kitas auskömmlich finanziert werden und gleichzeitig die Qualität der Betreuung und Bildung gesichert werden? – Das war eines der Themen beim Gespräch der Grünen-Fraktion NRW mit Diözesan-Caritasdirektoren.

Übrigens werden auch hier immer mehr Fachkräfte gesucht – wie auch in der Pflege, einem weiteren Thema. Bei der Pflege gab es unterschiedliche Einschätzungen zu Bedarf und Funktion der stationären Einrichtungen im Gesamtkonzept einer pflegerischen Versorgung alter Menschen. Bei nächster Gelegenheit wird man darüber weiter diskutieren und streiten, so wurde es verabredet.

Weitere Themen: Finanzierung und Standards im Offenen Ganztage (OGS), Wei-

terentwicklung und Sicherung der Schulsozialarbeit über 2020/2021 hinaus und die Situation der Flüchtlinge. Die Caritas ist gegen Ankerzentren, gegen Lager, in denen Probleme und Konflikte vorprogrammiert sind, wenn man Menschen ohne Perspektiven zusammenpfercht.

Und die gegenwärtige Asyldebatte verunsichert viele Menschen und konterkariert die Integrationsanstrengungen von Betroffenen und ehrenamtlichen und hauptberuflichen Unterstützern. ◀



Foto: Markus Lahrmann

LFM-HÖRFUNKPREIS

Wohlfahrtspflege lobt Sozialpreis aus

Die Lokalradios sind mit ihren Beiträgen stets ganz nah am Hörer. Zum zweiten Mal würdigt die Freie Wohlfahrtspflege NRW die Berichterstattung zu sozialen Themen in den Lokalsendern mit einem „Sozialpreis NRW“ im Rahmen des LfM-Hörfunkpreises.

Damit die wichtigen sozialen Themen in den Lokalradios stärker wahrgenommen und gewürdigt werden, stiftet die LAG Freie Wohlfahrtspflege im Rahmen des LfM-Hörfunkpreises den Sonderpreis „Sozialpreis NRW“. Prämiiert werden herausragende Produktionen im Lokalfunk.

Es werden Beiträge ausgezeichnet, die sich mit den Problemen notleidender und benachteiligter Menschen in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen. In den Beiträgen soll deutlich werden, wie Beratung, Unterstützung und Hilfe durch die Dienste

der Freien Wohlfahrtspflege NRW geleistet werden. Alle journalistischen Darstellungsformen können eingereicht werden.

„Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind mit ihren Hilfen und Projekten nah bei den Menschen. Das verbindet uns mit den Lokalradios. Die Sender wie die Freie Wohlfahrtspflege tragen mit dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen ein Land des sozialen Zusammenhalts ist“, erklärt Christian Heine-Göttelmann, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW. ◀

◻ **Einsendeschluss ist der 2. August.**

QUALIFIZIERT UND ARBEITSLOS

Schwerbehinderte Fachkräfte ohne Chance

Sie sind engagiert, hochqualifiziert und dennoch arbeitslos: Knapp 60 Prozent der rund 47000 schwerbehinderten Arbeitslosen in NRW könnte die Wirtschaft als Fachkräfte einsetzen. Doch vor allem private Arbeitgeber zahlen lieber eine Ausgleichsabgabe, als Stellen zu schaffen, kritisiert der Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen muss verbessert werden“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Er bezog sich auf den Arbeitslosenreport der Freien Wohlfahrtspflege in NRW.

Darin belegen die Autoren, dass arbeitslose Schwerbehinderte nicht im gleichen Maße von der positiven Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt profitieren wie nicht schwerbehinderte arbeitslose Menschen. Und das, obwohl sie im Schnitt besser qualifiziert sind als Arbeitslose ohne Schwerbehinderung. „Obwohl Deutschland schon vor neun Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat, die einen inklusiven Arbeitsmarkt verlangt, ist eine Schwerbehinderung noch immer ein gravierendes Vermittlungshindernis“, kritisierte Lüttig. Einerseits beklage die Wirtschaft, keine qualifizierten Fachkräfte auf dem Bewerbermarkt zu finden. Andererseits nutzten vor allem private Unternehmen das Potenzial von Menschen mit Behinderungen nicht und zahlten stattdessen lieber eine Ausgleichsabgabe. Denn ab einer Größe von 20 Arbeitsplätzen ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, wenigstens fünf Prozent seiner Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen oder eine Ausgleichsabgabe zu zahlen.

Ausgleichsabgabe erhöhen

Der Arbeitslosenreport weist nach, dass private Arbeitgeber 2016 mehr als ein Viertel dieser sogenannten Pflichtarbeitsplätze unbesetzt ließen. Von insgesamt 204000 Pflichtarbeitsplätzen blieben 54000 Stellen offen. Sollte zukünftig keine deutliche Verbesserung bei der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen auf Seiten der Arbeitgeber erkennbar sein, fordert die Freie Wohlfahrtspflege dazu auf, ernsthaft über die Höhe der „Ausgleichsabgabe“ nachzudenken und damit zusätzliche Beratung für Unternehmen zu finanzieren. ◀